

Regierungsratsbeschluss

vom 24. April 2007

Nr. 2007/642

Vernehmlassung zum Bericht und Vorentwurf zur Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative „für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern“

Schreiben an das Bundesamt für Justiz

1. Erwägungen

Das Bau- und Justizdepartement unterbreitet dem Regierungsrat das Schreiben an das Bundesamt für Justiz (Vernehmlassung) betreffend den Vorentwurf zur Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative „für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern“ zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Das Schreiben an das Bundesamt für Justiz (Vernehmlassung) betreffend Vorentwurf zur Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative „für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern“ wird beschlossen.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Justiz vom 24. April 2007

Verteiler

Regierungsrat (6)
Bau- und Justizdepartement
Bau- und Justizdepartement, Rechtsdienst Justiz (FF, 3)
Obergericht
Gerichtskonferenz
Staatsanwaltschaft
Jugendanwaltschaft

2

Ratsleitung

Medien (jae)